

A close-up photograph of a hand holding a white sign with blue handwritten text. The text on the sign reads "DEMOKRATIE" on the top line, a blue equals sign with a diagonal slash (≠) in the middle, and "GESCHENK" on the bottom line. The background is slightly blurred, showing a person's face and a striped shirt.

DEMOKRATIE
≠
GESCHENK

DEMOKRATIE ALS DAUERAUFGABE

Sibylle Thelen
Februar 2024

lpb

Landeszentrale
für politische Bildung
Baden-Württemberg

„Größer, bunter, interaktiver“ – so will sich das neu gestaltete, im Mai 2023 wiedereröffnete Theodor-Heuss-Haus in Stuttgart präsentieren. Der authentische, für heutige Verhältnisse bescheiden anmutende Ort, an dem der erste deutsche Bundespräsident die letzten Lebensjahre bis zu seinem Tod am 12. Dezember 1963 verbrachte, lädt zur Erkundung ein. Wer waren Heuss und seine Ehefrau Elly Heuss-Knapp? In welcher Zeit lebten sie? Was für ein politisches Verständnis brachten beide mit in das Amt, das mit der Gründung der Bundesrepublik erst entwickelt werden musste? Der Rundgang durch das einstige Wohnhaus bietet Demokratiegeschichte zum Anfassen – von Anfang an, Lernprozesse inklusive. Die von der Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus konzipierte Dauer Ausstellung schafft Zugänge für Kinder, Jugendliche und Erwachsene. Ihr Titel, angelehnt an eine Heuss'sche Formulierung, ist didaktisches Programm: „Demokratie als Lebensform“.

Als Theodor Heuss sein Amt antrat, wusste er, dass die deutsche Demokratie nach den Verwüstungen durch die nationalsozialistische Diktatur ganz von vorne anfangen musste, gewissermaßen beim Buchstabieren des Wortes Demokratie. Heute geht vielen der Begriff wie selbstverständlich von den Lippen. Die meisten Menschen in unserem Land kennen gar keine andere Staats- und Regierungsform, nicht wenige erleben sie nach Erfahrungen eines Lebens in der Diktatur. Die deutsche Demokratie hat sich seit Gründung der Bundesrepublik am 23. Mai 1949 etabliert. Nun, im Jahr 2024, richtet sie sich darauf ein, den 75. Geburtstag des Grundgesetzes zu feiern. Länger als dieses zunächst als Provisorium angelegte Gesetzeswerk war bisher keine deutsche Verfassung in Kraft. Auch über die Wiedervereinigung vor mehr als 30 Jahren hinaus hat sie Bestand. Und doch sind die Worte des ersten Bundespräsidenten von unverminderter Aktualität. Demokratie will immer wieder aufs Neue gelernt und gelebt werden. Selbst wer alle Buchstaben kennt, wird mit dem Ausbuchstabieren von Demokratie nicht so schnell fertig. Vielmehr ist die gesamte Gesellschaft gefordert, sie zu entwickeln, zu bewahren – und gegebenenfalls zu verteidigen. Demokratie als Staats-, Regierungs- und Lebensform ist eine Daueraufgabe.

Die Väter und Mütter des Grundgesetzes waren sich der Notwendigkeit demokratischer Wehrhaftigkeit bewusst. Gelebte Erfahrung schärft den Blick. Heute, in Zeiten innerer und äußerer Bedrohungen der Demokratie, reift die Erkenntnis zwangsläufig auf neue Weise: Die Erosion demokratischer Werte ist Thema in Deutschland, und sie findet statt in Europa und darüber hinaus. Eine Welle der Autokratisierung hat Staaten weltweit erfasst. Wissenschaftliche Studien wie der in internationaler Zusammenarbeit erstellte Demokratie-Index „V-Dem“ (2022) der Universität Göteborg verorten gut 70 Prozent der Erdbevölkerung in Autokratien und Diktaturen. Demgegenüber leben lediglich 13 Prozent aller Menschen in liberalen Demokratien, weitere 17 Prozent sind in „defekten“ Demokratien zuhause. Die Welle der Autokratisierung droht weitere Länder mitzureißen. Vorangetrieben wird diese Entwicklung von der Wucht der großen globalen, einander verstärkenden Krisen unserer Zeit, die Veränderungen beschleunigen und Ängste heraufbeschwören. Ursache ist

aber auch die Verführungskraft autoritären Denkens, einfacher Welterklärungen und anderer realitätsblinder Bewältigungsstrategien, flankiert von gezielter Desinformation und toxischer Polarisierung.

„V-Dem“ ordnet Deutschland als liberale Demokratie ein. Das Ergebnis ist erfreulich, doch es ist auch als Ansporn und Mahnung zu verstehen, den akuten Gefährdungen unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung aktiv zu begegnen. Anhaltspunkte dazu geben aktuelle repräsentative Untersuchungen zum Zustand der bundesdeutschen Demokratie wie zuletzt die neue Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung (2023), die regelmäßig auf ein und dieselbe folgenreiche Diskrepanz verweisen: Einerseits erfährt Demokratie als Staats- und Regierungsform ebenso breite wie grundsätzliche Zustimmung in der Bevölkerung. Andererseits sind viele Menschen unzufrieden mit der praktischen Umsetzung von Demokratie. Skepsis, Distanz, aber auch erklärte Ablehnung zeigen sich dort, wo Demokratie im Alltagsleben konkret wird, wo Demokratie den Menschen persönlich nahe rückt, weil sie nicht nur Rechte gewährt, sondern Anforderungen an jeden Einzelnen stellt – etwa wenn es um das gemeinsame Aushandeln von Kompromissen geht, um den praktizierten Respekt vor Andersdenkenden, um die Verwirklichung von Chancengleichheit und die Akzeptanz von Minderheitenrechten.

Folgenreich ist diese Diskrepanz deshalb, weil politische Aushandlungsprozesse in Freiheit und Gleichheit zu den Grundbedingungen einer liberalen Demokratie gehören. Kritik ist der notwendige Motor für Veränderung, Neues entsteht oftmals im Konflikt, Krisen können produktive Kraft entfalten – auch dann, wenn Unzufriedenheit mit den real existierenden Verhältnissen im Spiel ist. Voraussetzung für einen solchen gelingenden Meinungs- und Willensbildungsprozess ist jedoch, dass die Beteiligten bereit dazu sind, sich für sachliche Informationen zu öffnen und mit fundierten Argumenten auseinanderzusetzen. Auf dieser Basis können Urteile gebildet, Kompromisse vereinbart, Korrekturen vorgenommen werden. Mehr als jedes andere politische System lebt die liberale Demokratie von Bürgerinnen und Bürgern, die ihre Freiheits- und Teilhaberechte auf diese ebenso engagierte wie verantwortungsbewusste Weise nutzen. Demokratie als Lebensform im Heuss'schen Sinne heißt deshalb – um mit seinen Worten zu sprechen – selbst in schwierigen Situationen immer auch, „dem Menschen, gleichviel wer er sei und woher er käme, als Mensch zu begegnen“.

Auch nach 75 Jahren der geglückten Demokratie in Deutschland ist das kein Selbstläufer. Die folgenreiche Diskrepanz zwischen allgemeiner Zustimmung zu Demokratie einerseits und Unzufriedenheit mit der demokratischen Praxis andererseits zeigt, dass sich viele Bürgerinnen und Bürger schwer tun mit demokratischen Aushandlungsprozessen. So vielfältig und vielschichtig die Gründe im Einzelnen dafür sein mögen, in der Auswirkung zehrt diese Entwicklung von der Substanz unserer demokratischen Ordnung, dem notwendigen, letztlich zusammenhaltstärkenden Vertrauen in die Lösungs- und Handlungskompetenz der gewaltenteilenden Demokratie. Repräsentative Befragungen werfen immer wieder Schlaglichter auf diese beunruhigende Gemengelage. So zeigen

sich 31 Prozent der Bundesbürger davon überzeugt, in einer „Scheindemokratie“ zu leben, in der sie „nichts zu sagen haben“ (Institut für Demoskopie Allensbach, 2022). 80 Prozent der Deutschen sind der Meinung, dass die Zustände in Deutschland eher ungerecht sind, und damit deutlich mehr als noch zu Beginn von regelmäßigen Erhebungen zu dieser Frage im Jahr 2019 (More in Common, 2023). 46 Prozent der Befragten stimmen der Aussage zu: „Die demokratischen Parteien zerreden alles und lösen die Probleme nicht“ (Mitte-Studie, 2023).

Die Politik ist gefordert, keine Frage. Wirksames politisches Handeln ist noch immer die beste Maßnahme, um für Demokratie zu werben. Dies gilt auch heute, mögen die Anforderungen an politisch Verantwortliche angesichts der großen Krisen unserer Zeit noch so hoch sein. Auch die politische Bildung auf überparteilicher Basis sieht sich in dieser Situation vor komplexe Herausforderungen gestellt. Ihr Auftrag, Bürgerinnen und Bürger in ihren demokratischen Kompetenzen zu stärken, um sie zur politischen Teilhabe zu befähigen, ist so zeitlos wie grundsätzlich. Jedoch gilt es, diesen Auftrag entsprechend der aktuellen Anforderungen zu erfüllen – und dies auch angesichts der oben beschriebenen folgenreichen Diskrepanz. Wie lässt sich hier mit Bildungsangeboten ansetzen? Wie können jene Menschen einbezogen werden, die skeptisch, distanziert oder gar ablehnend auf die Demokratie blicken? Wie gelingt das gemeinsame Gespräch? Die Fragen fordern die politische Bildung im ureigenen pluralistischen Selbstverständnis heraus.

Notwendig sind Formate im Sinne von „mehr Kontroversität wagen“. Dem Eindruck nicht weniger Bürgerinnen und Bürger, ihre Ansichten kämen nicht zur Sprache, gilt es zu begegnen. Die Bandbreite der Perspektiven und Positionen muss möglichst umfassend angelegt werden. Der Eindruck von Konformitätsdruck darf gar nicht erst entstehen. Das bedeutet keineswegs, dass alles unhinterfragt und unkommentiert gesagt werden kann. Erfahrungen mit kontroversen Formaten zeigen, dass der Diskursraum sorgfältig abgesteckt werden muss. Die Grenzen müssen klar benannt werden. Kontroversität endet dort, wo demokratische Werte und Regeln verneint, Andersdenkende abgewertet und attackiert, menschenverachtende Parolen verbreitet werden. Kontroversität setzt voraus, dass Desinformation, Fake News und Verschwörungsnarrative entlarvt werden, dass ihre Zielsetzung und Wirkungsmechanismen aufgezeigt werden. Kontroversität bedeutet aber auch, den eigentlichen, vielleicht zunächst nicht sichtbaren Kern im Argument des Anderen erkennen zu wollen. Denn bei aller Kontroversität braucht es am Ende immer auch die beherzte Bereitschaft, sich nicht nur auf Spielregeln und Sachinformationen, sondern auch auf sein Gegenüber einzulassen – dem Menschen als Mensch zu begegnen.

Im besten Fall kann „mehr Kontroversität wagen“ in der Summe der Chancen und Risiken bedeuten, mehr Demokratie zu wagen. Hilfreiche Leitplanken dabei setzt der „Beutelsbacher Konsens“. Überwältigungsverbot, Kontroversitätsgebot und Handlungsorientierung – die drei Begriffe stehen für die normativen Qualitätsstandards, auf die sich Didaktiker der politischen Bildung 1976 nach

intensiven, auch ideologisch aufgeladenen Debatten in der Bildungspolitik einigen konnten. Erstens dürfen den Teilnehmenden keine Vorgaben in der Meinungs- und Willensbildung gemacht werden. Sie sollen sich selbst ein Urteil bilden. Zweitens müssen Themen, die in Politik und Wissenschaft kontrovers diskutiert werden, auch kontrovers dargestellt werden. Die Teilnehmenden sollen sich dieser Bandbreite bewusst sein. Drittens zielen die Angebote darauf ab, die Teilnehmenden zur Partizipation zu ermutigen. Sie sollen in der Lage sein, ihre eigenen Interessen zu vertreten. Die drei Leitplanken stecken seit der Begründung des Beutelsbacher Konsenses vor bald 50 Jahren ein Spannungsfeld ab, auf dem damals politisch gegensätzliche Ziele der Bildungsarbeit im Streit bearbeitet werden mussten: einerseits die emanzipatorische Zielsetzung von politischer Bildung, die Befreiung des Individuums, andererseits die absichernde Zielsetzung, die Stabilisierung der politischen Ordnung. Auch heute bewegt sich politische Bildung auf Spannungsfeldern. Doch sie kann dabei auf die Erfahrungen aus jahrzehntelangem Ringen um die Anwendung der normativen Grundsätze zurückgreifen. Die Einhaltung der Qualitätsstandards bewahrt politische Bildung vor einer einseitigen Ausrichtung ihrer Angebote und schützt sie zugleich vor einseitiger Einflussnahme.

Was braucht es darüber hinaus, um politische Bildung – verstanden als Empowerment informierter, kritischer und aktiver Bürgerinnen und Bürger – in der Suche nach Antworten auf aktuelle Herausforderungen zu unterstützen? Es braucht ein möglichst breites Verständnis von politischer Bildung, das Angebote der Demokratiebildung und der Extremismusprävention ebenso einschließt wie Angebote der politischen Medienbildung, der historisch-politischen Bildung, der aufsuchenden politischen Bildung sowie der inklusiven politischen Bildung. Die unterschiedlichen Zugänge, Formate und Methoden konkurrieren nicht notwendigerweise miteinander, sie ergänzen sich vielmehr. Sie sind die unvermeidliche Antwort auf die Heterogenität unserer Gesellschaft. Sie ermöglichen eine flexible Reaktion auf die Vielfalt unterschiedlicher, teils unzureichender, teils ungenutzter, teils vielleicht auch unbekannter Teilhabemöglichkeiten. Und sie sind nicht zuletzt Folge der Tatsache, dass Demokratie ihren Bürgerinnen und Bürgern in unserer Gesellschaft in vielerlei Gestalt begegnet.

Im Kern geht es immer wieder darum, sich die komplexe Wirklichkeit zu erschließen. Dazu braucht es geeignetes Handwerkszeug in Gestalt von demokratischen Kompetenzen, die politische Bildung mit ihren Angeboten vermitteln kann: Kritik- und Konfliktfähigkeit, Erfahrungen von Selbstwirksamkeit, demokratische Resilienz. Alles drei sind wichtige Voraussetzungen, um im kontroversen Diskurs zu bestehen. Von klein auf kann gelernt werden, dass gemeinsame Entscheidungen in der Auseinandersetzung erarbeitet werden müssen. Auf altersgerechte Weise ist das schon im Kindergarten möglich. Von klein auf kann die Erfahrung gemacht werden, dass sich das eigene Umfeld gestalten lässt. Hierzu braucht es Räume, am besten vor der eigenen Haustüre, etwa in der kommunalen Kinder- und Jugendbeteiligung. Von klein auf kann zudem die Begegnung mit der Realität gefördert werden. Voraussetzung dafür ist zunehmend eine digitale Medienbildung, die

Heranwachsende nicht nur im Umgang mit Information und Desinformation stärkt, sondern auch in ihrer Resilienz. Auch das Wissen um die Potenziale, Errungenschaften und Erfolge von Demokratie stärken diese Widerstandskraft. Deshalb kann es in der politischen Bildung am Ende nicht allein darum gehen, demokratische Kompetenzen zu stärken. Es muss auch darum gehen, demokratisches Wissen zu vermitteln – Wissen um die Bedeutung der Grund- und Menschenrechte, um ihre Entstehung und Weiterentwicklung, um demokratische Prozesse und Institutionen. Dabei gilt es auch, die Identifikation mit Demokratie und Demokratiegeschichte samt ihrer Brüche und Rückschläge zu ermöglichen. Auch hier zeigt sich: Demokratie will gelernt werden.

Was braucht es über solche Angebote der politischen Bildung hinaus? Es braucht nicht zuletzt eine politische Kultur, die solche Angebote unterstützt und die politische

Bildung dabei nicht auf Extremismusprävention reduziert. Politische Bildung funktioniert nicht nach dem Prinzip Schluckimpfung, sondern zielt auf den ganzen Menschen. Sie ist ein Angebot zur Persönlichkeitsentwicklung, zur politischen Beziehungsfähigkeit in der liberalen Demokratie – und ist für alle offen. Denn in einer Gesellschaft der mündigen Bürgerinnen und Bürger sind am Ende alle gefordert, die liberale Demokratie zu bewahren und zu verteidigen. Darauf, dass es genug andere Menschen gibt, die sich für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung einsetzen, sollte sich niemand verlassen. Wir alle sollten uns vielmehr selbst fragen, welchen Beitrag wir leisten können. Gemeinsam geht es darum, den Nährboden für Demokratie immer wieder aufs Neue zu bereiten – für Demokratie als Staats-, Regierungs- und Lebensform, auch im Heuss'schen Sinne.

Der Beitrag erscheint auch in dem Buch:

Harald Roth (Hrsg.): *Verteidigt die Demokratie!*
Verlag J. H. W. Dietz Nachf.
1. Aufl., Bonn 2024, ca. 280 Seiten.

Mit Texten von Aleida Assmann, Gerhart Baum, Heinrich Bedford-Strohm, Wolfgang Benz, Renuar Deckert, Rainer Forst, Michel Friedman, Dieter Gosewinkel, Kübra Gümüşay, Elke Gryglewski, Navid Kermani, Sebastian Krumbiegel, Karl-Josef Kuschel, Souad Lamroubal, Albrecht von Lucke, Sophie Menner, Wolfgang Niedecken, Michael Parak, Hedwig Richter, Monika Salzer, Tanjev Schultz, Joseph Schuster, Walter Sittler, Dietmar Süß, Düzen Tekkal, Sibylle Thelen, Ilija Trojanow, Michael Vassiliadis, Andreas Voßkuhle, Marina Weisband, Heinrich-August Winkler und anderen.

Link zum Buch:

dietz-verlag.de/isbn/9783801206741/Verteidigt-die-Demokratie



Impressum

Landeszentrale für politische Bildung
Baden-Württemberg
Direktorin Sibylle Thelen
Lautenschlagerstraße 20
70173 Stuttgart
Telefon 07 11.16 40 99-0
E-Mail: poststelle@lpb.bwl.de



www.lpb-bw.de



lpb

Landeszentrale
für politische Bildung
Baden-Württemberg